

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

22.04.2017 /19.20-19.50 Uhr
23.04.2017 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Schleichender Abschied vom Primat der Politik? Mehr Spielraum für das US-Militär
- Hauptschulabschluss als Angebot – Personalnot bei der Marine
- Korruptionsverdacht – Österreichs Eurofighter-Deal mit weitreichenden Auswirkungen für Airbus?
- Propellermaschinen statt Kampffjets? Umdenken bei der US-Luftwaffe

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, im Studio begrüßt Sie Andreas Flocken.

Ein Blick auf unsere Themen

- Hauptschulabschluss als Angebot – Personalnot bei der Marine
- Korruptionsverdacht – Österreichs Eurofighter-Deal mit weitreichenden Folgen für Airbus? Und:
- Propellermaschinen statt Kampffjets? Umdenken bei der US-Luftwaffe.

Beginnen wollen wir jedoch mit einem anderen Thema. In der vergangenen Woche haben die USA in Afghanistan erstmals ihre größte nichtnukleare Bombe eingesetzt. Es heißt, mehr als 90 Kämpfer der Terrororganisation Islamischer Staat seien dabei getötet worden. Die Bombe wiegt rund 10 Tonnen und hat vor allem durch ihre große Druckwelle eine verheerende Wirkung. Sie war ursprünglich für den Irak-Krieg entwickelt worden, wurde bisher aber nie eingesetzt. Der Abwurf sorgte weltweit für Schlagzeilen. Schnell war von einem Signal an Nordkorea die Rede.

Der US-Befehlshaber in Afghanistan, General John Nicholson, wollte davon allerdings nichts wissen:

O-Ton Nicholson (overvoice)

„Es gibt keine Verbindungen zu anderen Ereignissen, sondern der Einsatz diente nur unserem Ziel, den IS 2017 zu zerstören.“

Der US-General hat die mächtige Bombe allein aus taktisch-operativen Gründen eingesetzt. Der konkrete Einsatzbefehl kam keineswegs vom US-Präsidenten. Dieser hatte die Militärs lediglich einige Wochen zuvor zum Abwurf ermächtigt, wie Trump auf Nachfrage eingeräumt hat:

O-Ton Trump

„What I do, I authorized my military. We have the greatest military in the world...So we have given them total authorization. We have incredible leader in the military.“

Der US-Präsident voll des Lobes über seine Generäle. Dabei war Trump über den Zeitpunkt des Einsatzes der mächtigsten konventionellen Bombe offenbar selbst überrascht.

Der neue US-Präsident gibt der Militärführung bei ihren Entscheidungen einen sehr großen Freiraum – ganz anders als sein Vorgänger. Obama war oft vorgehalten worden, er mische sich zu stark in operative Details ein. Mit diesem sogenannten Mikromanagement aus dem Weißen Haus ist es unter Trump nun offenbar vorbei – die Militärs wird es freuen. Allerdings besteht dadurch die Gefahr, dass der Primat der Politik auf der Strecke bleibt, ein Konflikt auf diese Weise angeheizt und eskaliert wird - insbesondere wenn Militäroperationen keine politische Strategie zugrundeliegt bzw. kein politisches Konzept erkennbar ist. So sieht es jedenfalls die US-Kongressabgeordnete Jackie Speier. Dem US-Fernsehsender CNN sagte sie:

O-Ton Speier (overvoice)

„Ich bin besorgt, dass der Präsident kaum Verantwortung übernimmt und solche Entscheidungen letztlich dem Militär überlässt. Dabei ist er doch der Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Er ist dazu ermächtigt. - Ein solches Vorgehen finde ich erschreckend.“

Möglicherweise entscheidet das US-Militär künftig auch allein über gezielte Tötungen von mutmaßlichen Terroristen durch Drohnen außerhalb von Kampfzonen. Trumps Vorgänger Obama hatte sich vorbehalten, über solche Einsätze selbst zu entscheiden. Nach Informationen der WASHINGTON POST könnte sich das demnächst ändern. Eine Direktive sei vorbereitet worden, nach der das Pentagon gezielte Tötungen ohne ausdrückliche Zustimmung des Weißen Hauses durchführen dürfe. Die Einsatzschwelle für Drohnen könnte also gesenkt werden.

Bereits jetzt gibt es immer häufiger Berichte über zivile Opfer bei US-Luftangriffen in Syrien und im Irak - dort insbesondere bei der Rückeroberung von Mossul. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Airwars sind im vergangenen Monat mehr als 1.700 Zivilisten getötet worden. Drei Mal mehr als im Vormonat. Glaubt man irakischen Militärs, sind die Einsatzregeln für US-Luftangriffe inzwischen gelockert worden. Das aber bestreitet das Pentagon.

Unbestritten ist allerdings, dass gleich mehrere Ex-Generäle der US-Regierung angehören. Und sie haben das Vertrauen von US-Präsident Trump.

Zu unserem nächsten Thema.

Seit Aussetzung der Wehrpflicht hat die Bundeswehr Schwierigkeiten bei der Nachwuchsgewinnung. Verteidigungsministerin von der Leyen sprach in der vergangenen Woche in einem Interview von einem „gigantischen Personalproblem“. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird sich dieses Problem weiter verschärfen, zumal die Streitkräfte vergrößert werden sollen und die Bundeswehr den Anspruch hat, dass zu ihr „die Besten der Besten“ kommen sollen. Allerdings ist in der Öffentlichkeit wenig bekannt, dass die Bundeswehr schon seit längerem auch junge Leute rekrutiert, die keinen Schulabschluss haben. Die Gruppe will man nun noch stärker ansprechen. Angeboten wird das Nachholen des Hauptschulabschlusses. Die Marine hat gerade ein entsprechendes Pilotprojekt abgeschlossen. Charlotte Horn weiß mehr:

Manuskript Charlotte Horn:

Can Alacam zeigt stolz sein Büro auf dem Marinestützpunkt Hohe Düne bei Rostock.

O-Ton Alacam

„Wir sind im 1. Korvettengeschwader, im Stab S1 Bereich in der Wachtmeisterei 2.“

Draußen im Hafenbecken am Kai liegt unter anderem die Korvette Oldenburg. Seit ein paar Wochen ist der Soldat im Bereich der Personalverwaltung eingesetzt:

Atmo O-Ton Alacam

„Hier arbeite ich. Das ist mein Computer, das ist mein Arbeitsplatz - hier sind alle Akten vom Stab Besatzung Alfa, Bravo, Charlie, Delta, Echo - von der Systemunterstützungsgruppe, die Offiziere und der Stab an sich. Und die müssen alle aktualisiert werden.“

Vor drei Jahren hätte der 22-Jährige noch nicht geahnt, dass er eine Marineuniform tragen würde und jetzt Hauptgefreiter ist. Die Bundeswehr war da noch weit weg. Die 9.Klasse einer Gesamtschule bricht der Hamburger ab - ohne Hauptschulabschluss. Er sei einfach zu faul gewesen, sagt er im Nachhinein. Auch eine technische Ausbildung macht er nicht zu Ende und jobbt stattdessen bei einem Pizza-Lieferservice. Den Schulabschluss in der Abendschule nachzuholen, kommt für ihn nicht in Frage.

O-Ton Alacam

„Ich war ja wie gesagt nicht so begeistert. Arbeiten und Schule. Das wäre für mich zu viel geworden. Aber dann kam das mit der Bundeswehr – Arbeit und Geld und Schulabschluss war dabei. Also hab ich mich dazu entschieden.“

In einem Pilotprojekt bietet die Bundeswehr Bewerbern an, den Hauptschulabschluss nachzuholen und nebenbei ein festes Einkommen. Can Alacam ist überzeugt.

O-Ton Alacam

„Also ich hab mich vier Jahre lang verpflichtet, der Bundeswehr zu dienen. Ist ja auch nicht schlimm. Vier Jahre fester Arbeitsplatz so gesehen. Und das war die einzige Verpflichtung, die ich machen musste. Oder in den Einsatz zu gehen womit ich kein Problem habe. Ich hab schon eine Weiterverpflichtung auf elf Jahre gestellt, also dass ich Unteroffizier werden kann mit einer Ausbildung und und und ..!“

Er hatte sich schon einmal beim Bund beworben, war aber abgelehnt worden, weil er keinen Abschluss hatte. Auch wenn die Bundeswehr offiziell nur die Erfüllung der Schulpflicht zur Bedingung für die Bewerbung macht. Zurzeit haben laut Bundeswehr-Angaben rund 1.600 Soldaten in den Streitkräften keinen Schulabschluss. Das entspricht einem Anteil von unter einem Prozent. Bei seinem zweiten Bewerbungs-Versuch für das Pilotprojekt der Bundeswehr besteht Can Alacam alle Tests - inklusive Bewerbungsgespräch. Ab Anfang 2016 beginnt er wie alle Rekruten die AGA - die allgemeine Grundausbildung. Lernt, was Disziplin heißt. Sein erstes Gehalt: 1.700 Euro netto. Drei Monate später drückt der junge Soldat mit neun anderen Teilnehmern des Pilotprojekts im Alter zwischen 17 und 27 Jahren wieder die Schulbank - an der Bundeswehrfachschule in Hannover. Das Ziel: In sechs Monaten zum Hauptschulabschluss.

O-Ton Alacam

„Und ich konnte das aber alles schon, war aber nur zu faul zur Schule zu gehen. Und ich hab dann den Kram wieder gelernt. Jeden Tag lernen. Und dann kamen halt die Prüfungen am Ende. Mündlich und schriftlich. Alle vier bestanden und ja, Hauptschule 10. Klasse erworben und das war's.“

Alacam und die anderen machen ihre schriftlichen Prüfungen in Mathe, Deutsch und Englisch. Als mündliche Fächer wählt er Physik und Wirtschaft. Die Prüfungen nimmt am Ende eine Vertreterin der niedersächsischen Schulbehörde ab - unter den gleichen Bedingungen wie an Regelschulen. Am Ende schaffen neun von zehn den Abschluss. Es sei ihnen nichts geschenkt worden, erklärt Stabsfeldwebel Wrede. Der Reservist hat die Teilnehmer des Pilotprojekts von Anfang an begleitet.

O-Ton Wrede

„Ich war ständig bemüht, die Jungs zu motivieren. Wir hatten das kleine Problem, dass wir verschiedene Abholpunkte hatten. Der Hauptgefreite Alacam hatte ja schon erwähnt, dass er die 9. Klasse nachher abgebrochen hat. Wir hatten aber auch einen Soldaten dabei, der bereits nach der 7. Klasse die Schule verlassen hat. Und hier mussten wir zusehen, dass wir durch Nachhilfe ihm eben unter die Arme greifen, da wo's notwendig war. Aber das haben die Jungs auch untereinander gemacht.“

Auch Kapitän zur See Thomas von Buttlar zieht ein positives Fazit des Projekts „Junge Erwachsene ohne Schulabschluss“ – so die offizielle Bezeichnung.

Als Unterabteilungsleiter Personal im Marinekommando Rostock, versucht er dem Mangel an Soldaten entgegen zu wirken.

O-Ton von Buttlar

„Wir erhoffen uns von diesem Projekt, dass diese jungen Menschen, die den Schulabschluss erfolgreich bestehen, dass die sich natürlich bei uns weiterverpflichten, länger verpflichten, dann möglicherweise Unteroffizier werden und dann die Möglichkeit haben, eine Berufsausbildung bei uns durchzuführen, die hilft, unsere Personalprobleme zu lösen.“

Für die Gewinnung von geeigneten Kandidaten hat die Marine mit der Bundesagentur für Arbeit zusammengearbeitet und mit den Karrierecentern der Bundeswehr. Doch die Resonanz war laut Kapitän zur See von Buttlar am Anfang nicht sehr groß. Am Ende hat die Bundeswehr aus 100 Bewerbern gerade einmal zehn geeignete Kandidaten ausgewählt. Dabei seien die Auswahlkriterien genau die gleichen wie bei anderen Bewerbern gewesen. In der Truppe habe es trotzdem große Skepsis gegeben, erzählt Stabsfeldwebel Wrede.

O-Ton Wrede

„Mir ist aufgefallen - eigentlich überall wo wir so hingekommen sind - dass man den jungen Soldaten, weil sie eben keinen Hauptschulabschluss hatten, nichts zugetraut hat. Man hat sie in eine Schublade gesteckt: der hat keinen Abschluss, der kann nichts taugen. Und man muss sagen: dem ist nicht so, überhaupt nicht. Alle zehn haben Ehrgeiz bewiesen, haben sich engagiert und ich denke, die Ergebnisse haben gezeigt, dass sehr viel Potenzial in ihnen gesteckt hat und immer noch steckt.“

Stolz auf den Hauptschulabschluss und seine Leistung ist auch der Hauptgefreite Alacam. Er sei mittlerweile zielstrebig als früher.

O-Ton Alacam

„Ich mach jetzt was, außer faul rumzuliegen. Man eiert nicht durch die Welt, ohne einen Plan. Man hat auch Kameraden, die einem helfen und nicht Freunde, die dir nicht helfen.“

Seine Freunde hätten nicht geglaubt, dass er den Abschluss schafft. Jetzt hätten sie selbst Interesse an dem Projekt. Langfristig sieht der Marinesoldat seine Zukunft bei der Bundeswehr. Demnächst beginnt er eine Ausbildung als Kraftfahrer.

O-Ton Alacam

„Ich kriege also die Führerscheine, die ich will. Und der Beruf: Ich mag auch Autos und LKW. Ist kein Thema. Das werde ich machen. Und nach den elf Jahren überlege ich mir, ob ich in die Portepee-Unterroffizierslaufbahn gehe – also Bootsmann oder Feldwebel.“

Alles Ziele, die er vor der Bundeswehr nicht hatte. Für Kapitän zur See Thomas von Buttlar zeigt das Beispiel des Hauptgefreiten Alacam den Erfolg des Pilotprojekts. Die Kritik, dass die Bundeswehr sich nicht auf ihre Kernaufgaben konzentriere und stattdessen Bewerber auch mit dem Hauptschulabschluss locke, weist der Marineoffizier zurück.

O-Ton von Buttlar

„Die Marine oder die Bundeswehr war schon immer ein bisschen Schule der Nation. Wir bilden junge Menschen aus, wir erziehen sie, wir bringen ihnen Pünktlichkeit, Ordnung, Disziplin, Grundlagen des Rechtsstaates und so weiter bei. Das ist ja nichts Verwerfliches. Und es ist ein neuer Weg. Ich würde nicht sagen: die Bundeswehr ist *die* Schule der Nation, aber sie wird sicherlich *eine* Schule der Nation werden. Das ist ein neuer Weg, den wir hier einschlagen. Und über positive Nebeneffekte muss man nicht traurig sein.“

Inzwischen gibt es laut von Buttlar Überlegungen für einen zweiten Durchgang – auch für Bewerber der anderen Teilstreitkräfte. Ein genauer Zeitpunkt stehe allerdings noch nicht fest. Für die Verteidigungsministerin handelt es sich aber offenbar nicht mehr um ein Pilotprojekt. Das machte Ursula von der Leyen bei der Vorstellung der neuen Personalstrategie der Bundeswehr Anfang Dezember deutlich:

O-Ton von der Leyen

„Wir möchten junge Menschen nehmen, die vielleicht nicht so gut in der Schule waren, keinen Hauptschulabschluss haben, von denen wir aber ahnen, dass sie Stärken haben, auch wenn sie unter einer großen Schicht von Unzulänglichkeiten verborgen sind.“

Angeboten wird damit auch das Nachholen des Hauptschulabschlusses. Denn die Bundeswehr hat den Anspruch: Jeder Soldat verlässt die Streitkräfte besser qualifiziert als bei Eintritt in die Bundeswehr.

* * *

Flocken

Mehr zum Thema auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

In Österreich sorgt der Eurofighter-Deal weiterhin für Negativ-Schlagzeilen. Das Geschäft steht unter Korruptionsverdacht. Der Dauerstreit geht jetzt in eine neue Runde. Und diesmal kann er weitreichende Folgen für den Hersteller und damit für den Airbus-Konzern haben. Zu den Gründen, Otfried Nassauer:

Manuskript Otfried Nassauer

Hans Peter Doskozil ist Sozialdemokrat, Jurist, ehemaliger Polizist und seit Januar 2016 Verteidigungsminister in Österreich. Im Februar dieses Jahres sorgt er für eine faustdicke Überraschung. Gestützt auf die Ergebnisse einer internen Untersuchungskommission seines Ministeriums zeigte Doskozil den Airbus-Konzern und die Projektgesellschaft Eurofighter Jagdflugzeug GmbH bei der Staatsanwaltschaft Wien an. Beiden wirft er vor, Österreich beim Kauf von Kampfflugzeugen des Typs Eurofighter betrogen und um bislang etwa 1,1 Milliarden Euro geschädigt zu haben. Österreich will Schadensersatz.

Es geht um mehrere neue Vorwürfe: Zum einen soll die Industrie der Republik Österreich beim Kauf der Eurofighter-Flugzeuge 2003 wissentlich Leistungen und Auslieferungstermine versprochen haben, die sie gar nicht einhalten konnte und wollte. Zum zweiten sollen die Firmen entgegen der Vorgaben in der Ausschreibung im Vertragspreis Kosten in Höhe von 183,4 Millionen Euro ver-

steckt haben, mit denen Gegengeschäfte arrangiert werden sollten. Und schließlich bestehe der Verdacht, dass im Kontext der Gegengeschäfte viel Geld veruntreut, gewaschen oder in Bestechung investiert worden sei, damit Österreich die Eurofighter kauft. Verteidigungsminister Doskozil wurde deutlich:

O-Ton Doskozil

„Offensichtlich - und das muss man auch feststellen und festhalten - sind Gegengeschäfte im militärischen Bereich, bei Rüstungsgeschäften, bei militärischen Anschaffungen für einzelne Personen und Berater in diesem Umfeld sehr dazu geeignet, sich zu bereichern. Ich würde sogar meinen, Gegengeschäfte sind offensichtlich eine ideale Trägerrakete für Korruption, Misswirtschaft und Geldwäsche.“

Die Geschichte begann vor rund 15 Jahren: Zu Beginn der 2000er Jahre wollte Österreich neue Jagdflugzeuge kaufen. Der Auftrag wurde ausgeschrieben. Drei Modelle kamen in die engere Auswahl: Der Eurofighter, die amerikanische F-16 und die schwedische Gripen. In letzter Minute entschied sich die schwarzblaue Koalition aus ÖVP und FPÖ 2003 überraschend für das teuerste Angebot, den Eurofighter. 18 Kampfflugzeuge wurden für knapp zwei Milliarden Euro bestellt. Österreich wurden Gegengeschäfte im Wert von rund vier Milliarden Euro zugesagt, deutsche Unternehmen sollten in diesem Umfang in der Alpenrepublik einkaufen.

Schon bald kam der Verdacht auf, das könne nicht mit rechten Dingen zugegangen sein. Airbus habe mit unzulässigen Mitteln nachgeholfen und Entscheidungsträgern in Österreich Vorteile zukommen lassen. 2006 wurde ein Untersuchungsausschuss eingesetzt. Der rollte den Prozess der Kaufentscheidung noch einmal auf. Zu Tage gefördert wurden viele Indizien, dass Airbus und seine Partner viel Geld in die Hand genommen hatten, um den Eurofighter an Wien zu verkaufen.

Etwa zeitgleich geriet das Bauprogramm für den Eurofighter in massiven Zeitverzug. Airbus konnte nicht liefern. Österreich hätte deshalb vom Kaufvertrag zurücktreten können. Die mittlerweile von der SPÖ geführte Regierung unter Kanzler Gusenbauer und Verteidigungsminister Darabos entschied, von ihrem Rücktrittsrecht keinen Gebrauch zu machen. Darabos wollte lieber den Preis drücken und weniger Flugzeuge bestellen. Im Juni 2007 kam ein Kompromiss

zustande. Österreich kaufte nur noch 15 Flugzeuge, akzeptierte die Übernahme von sechs gebrauchten Maschinen der Bundeswehr und verzichtete gleich ganz auf leistungsfähigere Eurofighter der Tranche 2. Im Gegenzug gab es einen Preisnachlass von etwa 250 Millionen Euro. Ein schlechter Deal, wie Kritiker monierten. Und das Geschäft hatte „Geschmäcke“. Denn eine Nebenabrede vom 24. Juni 2007 hielt fest - Zitat:

Zitat:

„Es wird davon ausgegangen, dass der Eurofighter-Untersuchungsausschuss seine Arbeit Ende Juni 2007 beendet.“

Die Wiener Regierung sagte also der Industrie zu, den unliebsamen parlamentarischen Untersuchungsausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen binnen sechs Tagen zu beenden und hielt diese Zusage ein.

Doch wegen der ungewöhnlichen Geldflüsse ermittelten Staatsanwaltschaften und andere Behörden in Österreich, Italien, Großbritannien und Deutschland weiter. Hausdurchsuchungen – unter anderem bei Airbus-Deutschland – brachten zusätzliche Verdachtsmomente zutage. Peter Pilz, Grünen-Politiker und Vorsitzender des eingestellten Untersuchungsausschusses, sammelte kontinuierlich weitere Beweise.

Schließlich richtete das österreichische Verteidigungsministerium Ende 2012 eine eigene Untersuchungsgruppe in Sachen Eurofighter ein. Als Hans Peter Doskozil 2016 Verteidigungsminister wurde, ermutigte er diese Gruppe, ihre Ergebnisse zusammenzufassen und öffentlich zu machen. Der Abgeordnete Peter Pilz stellte dafür auch seine Unterlagen zur Verfügung. Die Kommission wertete etwa fünf Terabyte Daten aus. Die Erkenntnisse führten zu der erwähnten Strafanzeige. Und im vergangenen Monat wurde schließlich ein neuer Eurofighter-Untersuchungsausschuss eingesetzt.

Airbus hatte sich Anfang des Jahres mit den deutschen Behörden geeinigt, rund 90 Millionen Euro nachzuversteuern, die der Konzern zunächst als Betriebsausgaben geltend machen wollte. Er konnte jedoch nicht glaubhaft machen, dass er dafür adäquate Gegenleistungen erhalten hatte. Aus Wiener

Sicht ein Indiz dafür, dass diese Summe für illegale Zahlungen verwendet worden sein könnte.

Der Grünen-Abgeordnete Peter Pilz sieht weitere Hinweise, die den Korruptionsverdacht erhärten:

O-Ton Pilz:

„183,4 Millionen Euro sind an dubiosen Zahlungen in weltweite Briefkastennetzwerke wie Vector Aerospace oder City Chambers – und dahinter verbergen sich an die 100 Briefkästen – gegangen. Das Geld ist kreuz und quer über die ganze Welt verschoben worden. (...) Dieses Schmiergeld ist vertragswidrig im Kaufpreis versteckt worden. Die österreichischen Steuerzahler sind gezwungen worden, sogar das Schmiergeld noch selbst zu bezahlen.“

Für Airbus und seine Unterstützer in Österreich entsteht damit eine höchst ungemütliche Situation, die Jahre anhalten könnte: In Wien klagt der Staat Österreich wegen Betrugs und arglistiger Täuschung. In mehreren Ländern laufen Ermittlungen, weil Geld veruntreut, gewaschen oder für Korruptionzahlungen ausgegeben worden sein soll. In Wien wird ein neuer Ausschuss untersuchen, wer Airbus beim Verkauf der Eurofighter geholfen und möglicherweise davon profitiert hat. Bei der Beweismittelerhebung ergänzen sich all diese Untersuchungen. Zudem droht Österreich damit, seine Erkenntnisse auch an britische und amerikanische Ermittler weiter zugeben. In den USA können Firmen, die sich irgendwo auf der Welt der Bestechung oder ähnlicher Vergehen schuldig gemacht haben, von der weiteren Tätigkeit auf dem US-Markt ausgeschlossen werden – für einen weltweit aktiven Flugzeugbauer wie Airbus eine gefährliche Drohung.

Der Grünen-Politiker Peter Pilz will sogar noch einen Schritt weiter gehen. Er will prüfen lassen, ob das Vorgehen der Firmen juristisch den Tatbestand der organisierten Kriminalität erfüllt.

O-Ton Pilz:

„Airbus Defence und Eurofighter GmbH erfüllen mit größter Wahrscheinlichkeit ein weiteres Tatbild, nämlich das der kriminellen Organisation. Das ist unser Mafia-Paragraph.“

Bis Juni will das Verteidigungsministerium in Wien eine Empfehlung erarbeiten, wie die Luftraumüberwachung in Österreich künftig kostengünstiger organisiert werden kann und ob die Eurofighter vorzeitig stillgelegt werden sollten. Denn der Betrieb der Eurofighter hat sich für Wien als extrem teuer erwiesen. Ersatzteile, Reparaturen und Betrieb sind so kostspielig, dass das ganze Bundesheer darunter zu leiden hat. Mehr noch: Nach noch nicht einmal zehn Jahren Eurofighter-Betrieb deutete Airbus an, die als erstes ausgelieferten Eurofighter der Tranche 1 schon bald nicht mehr warten zu können. Es gebe nicht mehr alle Ersatzteile.

Auf den weiteren Gang der Ereignisse darf man also gespannt sein. Mit Österreich legt sich erstmals ein Staat wegen eines großen Beschaffungsvorhabens mit einem internationalen Rüstungskonzern juristisch an und wirft der Industrie Täuschung und Betrug vor. Es droht ein Kräftemessen, dessen Ausgang interessant und lehrreich werden dürfte. Schließlich gibt es in Österreich ein Verbandsverantwortlichkeitsgesetz, also ein Firmenstrafrecht. Die in Deutschland beliebte Möglichkeit, dass Firmen kriminelles Handeln einzelnen Mitarbeitern in die Schuhe schieben, greift in Österreich nicht. Neben Personen können in Wien auch Firmen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Auch das dürfte für Deutschland ein lehrreiches Beispiel werden.

* * *

Flocken

Soweit der Bericht von Otfried Nassauer. Das komplette Interview mit Peter Pilz finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Das Militär setzt immer mehr auf High-Tech. Das ist nicht nur teuer. Moderne Waffensysteme sind auch komplex und sehr anfällig für Störungen. Die Luftwaffe der Bundeswehr kann ein Lied davon singen. Die US-Streitkräfte haben allerdings jetzt für bestimmte Szenarien ein längst überholt geglaubtes Militärgerät ganz neu entdeckt. Informationen von Björn Müller:

Manuskript Björn Müller

In einem abgelegenen Gebiet am Hindukusch: Kampfpiloten der afghanischen Streitkräfte trainieren mit ihren Maschinen vom Typ Super Tucano unter Anleitung von US-Ausbildern, Taliban-Einheiten am Boden anzugreifen. Zu sehen sind diese Übungsflüge in einem Youtube-Video:

O-Ton (Fluggeräusche und Waffenlärm)

Das Besondere: Diese Super Tucanos sind keine High-Tech-Düsenjets, sondern kleine Propeller-Maschinen - ein Kampfflugzeug-Typ, der seine Hochphase im Zweiten Weltkrieg hatte und bisher als längst veraltete Kriegstechnik galt. Doch Propeller-Maschinen erleben gegenwärtig eine Renaissance. Für den Kampf gegen die Taliban haben die USA die afghanische Luftwaffe mit vier dieser Flugzeuge ausgerüstet, weitere 16 sollen folgen.

Die US-Airforce überlegt mittlerweile selbst, im größeren Stil leichte Propeller-Kampfflugzeuge einzuführen. Der Befehlshaber der US-Luftwaffe, General David Lee Goldfein, ist ein glühender Befürworter dieses Vorhabens.

O-Ton Goldfein (overvoice)

„Das ist eine großartige Idee – wir führen nun schon seit 15 Jahren Militäroperationen im Mittleren Osten, kämpfen zusammen mit Verbündeten. Und deshalb müssen wir uns weiter engagieren und schauen, wie wir diesen Einsatz gegen den gewalttätigen Extremismus weiter führen und durchhalten. Wir sind gerade dabei, einen Versuch zu starten, bei dem wir die Industrie angesprochen haben: Habt ihr was auf dem Markt, damit wir diese Mission erfüllen können? Direkt aus dem Lager, mit niedrigen Kosten? Und dann werden wir ausprobieren, ob das klappt.“

So der Vier-Sterne-General Goldfein Anfang des Jahres auf einer Veranstaltung in Washington zur Zukunft der amerikanischen Luftstreitkräfte, organisiert vom Think Tank American Enterprise Institute. Im Sommer sollen interessierte Hersteller ihre leichten Propeller-Kampfflugzeuge auf dem Stützpunkt Holloman in New Mexiko vorführen.

Der Einsatz von Propeller-Maschinen ist für den Vorsitzenden des Verbandes der Jetpiloten der Bundeswehr, Thomas Wassmann, aus militärischer Sicht durchaus sinnvoll:

O-Ton Wassmann

„Sie müssen sich vorstellen, ein Kampfjet, der im Angriff ist, der wird irgendwo zwischen 700 bis 900 Stundenkilometer schnell sein. Die Propellermaschinen bewegen sich da ungefähr bei einem Drittel der Geschwindigkeit. Das heißt, sie können wesentlich genauer das Zielgebiet beobachten. Sie haben mehr Zeit, das Ziel ins Visier zu nehmen; weil sie nicht so schnell vorbei sind. Sie haben die Möglichkeit, wesentlich tiefer zu fliegen, in einem Gelände, das sehr gebirgig und sonst wie mit Hindernissen bebaut ist. Das sind schon einige Vorteile.“

Für Hermann Hagena, Ex-Luftwaffengeneral und früher selbst Kampfpilot der Bundeswehr, sind Propellermaschinen in einigen Punkten selbst Drohnen überlegen:

O-Ton Hagena

„Da ist zu sagen, dass die Drohne sehr viel anfälliger gegen Luftverteidigung vom Boden ist. Denn die Drohne fliegt normalerweise, wie der Flieger sagt „straight on level“, also geradeaus; ohne groß zu gucken oder auszuweichen. Und ein Flugzeug wie die Super Tucano, die ist wesentlich überlebensfähiger als jede Drohne. Und sie hat den zusätzlichen Vorteil, dass der Flugzeugführer, das, was er aktuell sieht, sofort an den Verband am Boden, der mit dieser Bedrohung zu tun hat, melden kann.“

All diese Fähigkeiten sind notwendig, wenn militärische Operationen in asymmetrischen Kriegen erfolgreich sein sollen. Es geht nicht mehr darum, Städte anzugreifen oder Massen feindlicher Kampfflugzeuge abzufangen. Stattdessen soll die Luftwaffe Spezialeinheiten dabei unterstützen, Gegner aufzuspüren und auszuschalten, die meist in kleinen Gruppen Anschläge verüben und sich anschließend sofort zurückziehen, wie beispielsweise die Taliban oder zum Teil auch die Terrororganisation Islamischer Staat.

Für solche Counterinsurgency-Operationen, wie es im US-Militärjargon heißt, also „Operationen zur Aufstandsbekämpfung“ möchte die US-Luftwaffe künftig gerne auf Propeller-Maschinen zurückgreifen. Schließlich sind die US-Regierung und das Militär davon überzeugt, dass der Krieg gegen den Terrorismus noch Jahre dauern wird.

Die Anschaffung von Propeller-Maschinen für das Militär ist aber noch aus einem weiteren Grund attraktiv, sagt der ehemalige Luftwaffengeneral Hermann Hagena:

O-Ton Hagena

„Wenn man überhaupt weiter Krieg führen will, in modernen Volkswirtschaften, dann muss man versuchen -, jedenfalls für die asymmetrischen, für die kleinen Konflikte wie Jemen, Afghanistan, Syrien - mit den Anforderungen an die Systeme runter zu gehen. Und eines der Mittel runterzugehen, ist eben das Propeller-Flugzeug.“

Propeller-Maschinen sind bei der Beschaffung und auch beim Unterhalt erheblich günstiger als Düsenflugzeuge. Die Stückkosten für den modernen Kampfjet F22 Raptor, gibt die US-Airforce mit satten 140 Millionen US-Dollar an. Eine Propellermaschine vom Typ T-6 kostet dagegen nur 4,2 Millionen. Die T-6 wird von der US-Airforce und auch von der Bundeswehr als Ausbildungsflugzeug für junge Piloten genutzt. Der Hersteller Beechcraft versucht nun, der US-Luftwaffe eine bewaffnete Version anzubieten.

Wegen der geringen Kosten gibt es für Propeller-Kampfflugzeuge bereits einen Nischenmarkt. Vor allem kleinere Staaten, die direkt in asymmetrische Konflikte verwickelt sind, haben solche Maschinen gekauft. So jagen in Kolumbien und Peru die Luftstreitkräfte mit Super Tucanos im Amazonasgebiet Kurierflugzeuge von Drogenschmugglern. Die Vereinigten Arabischen Emirate unterstützen im libyischen Bürgerkrieg die ihnen genehme Konfliktpartei mit einer Staffel von Propeller-Maschinen - geflogen von Söldnern.

Die unwirtlichen Kriegsschauplätze asymmetrischer Konflikte, meist in Failing States oder Entwicklungsländern ohne nennenswerte Infrastruktur, sprechen ebenfalls für Propellermaschinen. Denn anders als High-Tech-Kampfflugzeuge sind diese Maschinen sehr robust. Thomas Wassmann vom Verband der Jet-Piloten der Bundeswehr:

O-Ton Wassmann

„Sie haben halt ein relativ einfach aufgebautes Triebwerk, so dass sie mit Standard-Werkzeug auch zur Not mal am Rand einer Huckelpiste, wenn sie da landen können, reparieren können. Beim Kampfjet da kommen die [Techniker] erst mal alle angerollt, mit irgendwelchen Laptops und sonst wie und lesen erst mal die Maschine aus, wo denn der Fehler sein könnte. Weil er in der Regel ja nicht mechanisch ist, an irgendeinem Bauteil, sondern weil es sich um einen Elektronik- Softwarefehler oder sonst was handelt.“

Militärisch effektiv, kostengünstig und unkompliziert - für die US-Streitkräfte macht es durchaus Sinn, für asymmetrische Konflikte Propeller-Kampfmaschinen zu beschaffen. Ob es dazu kommt, ist aber noch völlig offen. Zwar macht sich der einflussreiche US-Senator John McCain, Vorsitzender des Streitkräfteausschusses des Senats, dafür stark, ab 2022 300 solcher Maschinen zu kaufen. Allerdings kam es bereits bei Beschaffung der wenigen Propeller-Kampfmaschinen für die afghanischen Streitkräfte zu einer heftigen Lobby-schlacht zwischen den Anbietern. Die US-Airforce bzw. das Pentagon mussten gegen den US-Hersteller Beechcraft klagen, der mit seinen angebotenen T-6-Maschinen nicht zum Zuge gekommen war, um die brasilianischen Super Tucanos für Afghanistan kaufen zu können. Obwohl die Kaufentscheidung bereits 2011 fiel, verzögerte sich dadurch die Auslieferung der Maschinen an die Afghanen um fast fünf Jahre.

* * *

Flocken

Björn Müller berichtete.

Das war's für heute. Die Sendung können Sie auch als Podcast herunterladen: unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch den Newsletter von Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Einen schönen Tag wünscht Andreas Flocken.